



Nr. 274. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 15. Juni 1876.

## Deutschland.

Berlin, 14. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Obersten a. D. von Giese, bisher Kommandeur des 5. Pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 42, den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Major a. D. Dammer, bisher im 5. Rheinischen Infanterie-Regiment Nr. 65 und dem Ober-Lazarett-Inspector Ziele zu Altona den Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem bisherigen Zahlmeister beim Rheinischen Jäger-Bataillon Nr. 8, Seconde-Lieutenant a. D. Bornwasser, den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Oberst-Lieutenant von Britzsch und Gaffron im 4. Garde-Grenadier-Regiment Königin das Kreuz der Ritter des Königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; dem Lehrer Schumacher an der Knappenschule der Saline Neusalzwerk zu Oeynhausen im Kreise Minden und dem Schullehrer und Küster George zu Lohsdorf im Kreise Torgau den Adler der Inhaber derselben Ordens, sowie den Fahrläutern Heinrich Karl Moritz Timm und Johann Friedrich Malte Hansen, beide zu Stralsund, die Metalls-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den Appellationsgerichts-Rath Cyber zu Insferburg in derfelben Amtseigenschaft an das Appellationsgericht zu Paderborn versetzt; den Staatsanwaltsgehilfen Richard Klappe zu Nössel zum Landrat des Kreises Löbau; sonie den unter Übertragung der Funktion als Abtheilungs-Dirigent an das Kreisgericht in Wreschen versetzten Kreisrichter Dr. Fries zum Kreisgerichts-Rath ernannt; und dem Kreisphysikus Dr. Ohlenroth in Rotenburg, Provinz Hannover, den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der ordentliche Seminarlehrer Kirchhoff zu Waldau ist in gleicher Eigenschaft an das evangelische Schullehrer-Seminar zu Osterode versetzt worden. — Der bisherige Königliche Kreisbaumeister Gustav Schönrock zu Dt.-Krone ist zum Königlichen Bauinspector ernannt und illa die bei dem Königlichen Polizei-Präsidentium in Berlin vacante Bat. Inspect.-Stelle verliehen worden. — Die Navigationschul-Absolventen Bramm zu Memel, Kluge in Altona und Hahn in Grünstadt sind unter Beilegung des Titels „Navigationslehrer“ zu Navigations-Vorstudien ernannt worden.

Dem Herrn William C. Fox ist Namens des Deutschen Reiches das Exequor als Consul der Vereinigten Staaten von Amerika zu Braunschweig ertheilt worden.

Berlin, 14. Juni. [Se. Majestät der Kaiser und König] haben Berlin gestern Abend 9<sup>3/4</sup> Uhr auf dem Potsdamer Bahnhof verlassen und Sich nach Ems begeben. Zur Verabschiedung hatten sich die anwesenden Prinzen des Königlichen Hauses, der Gouverneur und der Polizei-Präsident von Berlin auf dem Bahnhofe eingefunden,

Heute Vormittags 10 Uhr sind Se. Majestät im besten Wohlfsein in Ems eingetroffen und von St. Majestät dem Kaiser von Russland am Bahnhofe auf das Herzlichste begrüßt worden. Vom Bahnhofe fuhren beide Monarchen, von der dichtgedrängten Menschenmenge enthusiastisch begrüßt, durch die festlich geschmückten Straßen direct zur Wohnung des Kaisers von Russland. (Reichsanzeiger.)

○ Berlin, 14. Juni. [Die friedlichen Aussichten. — Die Ermittelung der Ernte.] Während der heutige Leitartikel der „Prov.-Corresp.“ im vollsten Maße die Friedenshoffnungen der letzten Tage theilt, findet diese eine überzeugende thatsächliche Bestätigung in der nunmehr bereits erfolgten Abreise des Fürsten Bismarck nach Kissingen. Es kann hinzugefügt werden, daß der Fürst ohne alles amtliche Gefolge reist, zum Beweise, daß er nicht glaubt, in Kissingen durch politische Arbeit in Anspruch genommen zu werden. Zur Verständigung der friedlichen Personalnotizen ist endlich zu erwähnen, daß auch der Staatssekretär, Minister von Bölow, sich in wenigen Tagen nach Carlsbad begeben wird. Seine Vertretung in Directorialangelegenheiten wird, wie früher, Herr von Philippssborn führen. — Bis jetzt bestand die Einrichtung, daß eine amtliche Ermittelung über die Ernte erst nach Einbringung derselben stattfand. Die landwirtschaftlichen Vereine füllten die ihnen zugegangenen Ernte-Tabellen aus, auf Grund deren im landwirtschaftlichen Ministerium eine Gesamt-Zusammenstellung bewirkt wurde. Diese konnte vor dem Monat December nicht fertig gestellt werden. Der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten hat nun ein Circular-Descript an die landwirtschaftlichen Vereine erlassen, um bereits vor oder doch während und gleich nach der Ernte über den mutmaßlichen Ertrag derselben Mittheilung zu erhalten. Dasselbe lautet: „Es erscheint mit wünschenswerth, außer durch die üblichen Ernte- und Erdruhs-Tabellen, welche in gewohnter Weise durch die landwirtschaftlichen Vereine aufzufüllen sind, über die mutmaßlichen Ernte-Resultate schon früher eine allgemeine Orientierung durch Berichte der Vereinsvorsände zu erhalten. Den Vorstand ersuche ich daher, sich mit den Unter-Vereinbänden seines Vereins in geeignete Verbindung zu setzen, um mit bis Mitte Juli ein möglichst richtiges Bild der Ernte-Aussichten für wichtigsten landwirtschaftlichen Culturspazien in seinem Vereinsgebiete liefern zu können. Durch das Ansammln möglichst zahlreicher Nachrichten aus den verschiedenen Theilen des Vereinsgebietes wird es dem Vorstande nicht schwer fallen, ein annähernd zuverlässiges Urtheil in dieser Frage abzugeben, und stelle ich anheim, dasselbe für das gesammte Vereinsgebiet zusammenfassend, oder für die Hauptproduktionsgebiete einzeln zu formuliren. Es wird sich empfehlen, hierbei nicht unbestimmte Aussichten, wie gute oder schlechte Ernte, zu gebrauchen, sondern die Ernte-Aussichten durch die entsprechende Zahlenquote der für die Ernte-Tabellen angenommenen Mittelernte = 100 auszudrücken. Bei den Berichten ist anzugeben, auf wie vielen Einzelberichten dieselben beruhen.“

= Berlin, 14. Juni. [Fürst Bismarck. — Diplomatisches.] Die neuen Veränderungen im preußischen Ministerium. Fürst Bismarck hat heute Morgen doch die Reise nach Kissingen angereten. Man hört, daß die Entscheidung darüber lange geschwankt hat, bis der Fürst endlich den dringenden Vorstellungen seiner Aerzte nachgab. Den Fürsten begleitete seine Gemahlin und Tochter, sowie sein Sohn, der Graf Herbert; letzterer ist ausdrücklich von seiner Thätigkeit als Attaché bei der Gesandtschaft zu Bern beurlaubt worden, um seinen Vater auch als diplomatischer Hilfsarbeiter zu begleiten. Der Aufenthalt des Fürsten in Kissingen soll mindestens vier Wochen währen. Der König von Bayern hat wiederum dem Reichskanzler Wagen, Pferde und Bedienung aus seinem Hofhalt zur Verfügung gestellt. Man sagt hier allgemein, Fürst Bismarck werde Gelegenheit finden, den König von Bayern zu begnügen, und zwar wahrscheinlich wenn der letztere, seiner ausgesprochenen Absicht folgend, sich zur Anwohnung der Proben der Wagner'schen Opern nach Bayreuth begiebt. Von einer Zusammenkunft des Reichskanzlers mit dem Könige von Bayern war überdies schon im vergangenen Frühjahr die Rede. — Das neue Beglaubigungs-schreiben des türkischen Botschafters Edhem Pascha wird erst in einigen Tagen erwartet und der Botschafter dasselbe nach Ems dem Kaiser überbringen, wobei der Staatssekretär des Auswärtigen v. Bölow den

Reichskanzler vertreten wird. Dieser Act wird erst nach Abreise des Kaisers von Russland erfolgen, welche am künftigen Sonnabend stattfinden wird. — Unter dem 7. d. hat der Präsident des königlichen Staatsministeriums Fürst von Bismarck an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses die neue Veränderung im königl. Staatsministerium in folgendem Schreiben amtlich angezeigt: „Ew. Hochwohlgeborene benachrichtige ich ergebenst, daß des Königs Majestät geruht haben, mittelst Allerhöchster Ordre vom 6. d. Ms. 1) den Staatssekretär im Auswärtigen Amte von Bülow und 2) den Präsidenten des Reichskanzleramtes Hofmann zu Staatsministern und Mitgliedern des Staatsministeriums zu ernennen und ersuche Sie, das Haus der Abgeordneten davon gefällig in Kenntnis zu setzen.“ Es verlautet mit ziemlicher Bestimmtheit, daß von einer oder der andern Seite des Abgeordnetenhauses beantragt werden wird, das Schreiben nicht zur einfachen Kenntnisnahme zu bringen, sondern vom Staatsministerium weitere Aufschlüsse über die Veränderung zu erbitten, da es in Frage kommt, wie die neuen „Mitglieder“ des Staatsministeriums zur preußischen Verfassung stehen, auf welche sie als solche jedenfalls vereidigt werden müssen und im Weiteren das hierbei berührte preußische Indigenat der beiden Herren in Erörterung zu ziehen. Bezugliche Absichten scheinen in gleicher Weise von Mitgliedern der Fortschrittspartei wie des Centrums auszugehen, während, wie man hört, auch im Herrenhause, welchem selbstverständlich die gleiche Anzeige zugegangen ist, ähnliche Erörterungen gewünscht werden.

[Die ministerielle „Prov.-Corresp.“] bringt an der Spitze ihres Blattes heute folgenden Artikel:

„Des Kaisers Reise nach Ems gelangt nach einem kurzen Aufschub unter Verhältnissen zur Ausführung, welche zu der Übersicht berechnigen, daß der verehrte Monarch dort in Wahrheit eine Zeit der Ruhe und der Erfrischung findet wird.“

Vor kurzem noch schien es, als sollten neue, tiefe Erregungen den Kaiser auch zu dem Badeaufenthalte begleiten, als müßte die erneute Begegnung mit dem Kaiserlichen Freunde in Ems, statt einem unbefangen herzlichen Verkehr, wiederum der gemeinsamen Sorge für die Erhaltung des Friedens gewidmet werden. Doch die Wollen, welche den politischen Horizont während einiger Tage bedeckten, haben bereits wieder einer allseitigen friedlichen Zuversicht Platz gemacht, — und die beiden Kaiser werden sich unter dem unmittelbaren Eintrude einer neuen Bewährung ihres gemeinsamen Strebens freudig begrüßen können.

Als wesentlichstes Ergebnis der neulichen Berathungen in Berlin war von vorneherein nicht das besondere Abkommen zu gemeinschaftlichem Vor gehen in Bezug auf die unmittelbaren Aufgaben in der Türkei bezeichnet worden, sondern die neu gestaltete Zuversicht, „daß auch die orientalische Frage, so schwierig und verwickelt sie ist und so droppen sie jeder Zeit für die Beziehungen der Großmächte eröffnet, Dank der entschiedenen Friedensgemeinschaft, welche jetzt unmittelbar Europa aufgerichtet ist, den allgemeinen Frieden nicht föhren soll.“

Nicht um ein Bündniß zu bestimmten besonderen Zwecken handelt es sich, sondern um einen Bund zu jedesmaliger vertraulicher Verständigung über die Interessen des europäischen Friedens.

Die größte Wichtigkeit der Berliner Berathungen, verlündete Graf Andrássy, liege in dieser Einigkeit der Mächte und in dem Vorhaben, sich auch fernerhin von Fall zu Fall zu verständern zu wollen.

Kaiser nun, als man es irgend vermuten konnte, traten diesmal Ereignisse ein, welche eine wesentlich veränderte Lage schufen: ein gewaltiger Thronwechsel in dem Staate, mit welchem verhandelt werden sollte, und eine anscheinend veränderte Stellung der neuen Regierung in Bezug auf die zunächst anzustrebenden Ziele, mußten notwendiger Weise einen augenbliechen Stillstand der auswärtigen Einwirkung und neue Erwägungen in Betreff der Art und Weise des weiteren Vorgehens herbeiführen. Die Verständigung „von Fall zu Fall“ mußte sich diesmal in rascher Folge erproben und sie erschien im ersten Augenblick um so schwieriger, als inzwischen das an der Orientsfrage unmittelbar beteiligte England aus seiner bisherigen Zurückhaltung zu einer lebhaften Beteiligung an den Ereignissen hervorgegangen war.

Dem Ernst und der Macht des Friedensgedankens im Drei-Kaisertum ist es vor Allem zu zuschreiben, daß auch in dieser unerwartet veränderten Lage eine Verständigung über die weitere Haltung der Mächte und eine neue Stärkung der Friedenshoffnungen in verhältnismäßig kurzer Zeit erreicht werden konnte, und daß somit auch in diesem Falle „die Speculation auf die Differenzen der leitenden Mächte bereitstehen wird.“

Zwischen den jüngsten Berathungen in Berlin und der Begegnung der beiden Kaiser in Ems liegt ein bedeutamer Moment unserer Zeitgeschichte; aber wiederum hat sich in entscheidender Stunde die hochherzige Gesinnung bewährt, in welcher Kaiser Alexander so vollkommen mit unserem Monarchen eins ist.

Möge denn das neue Zusammensein an der berühmten und wohlthätigen Heilquelle den beiden erhabenen Fürsten nicht bloß neue Erfüllung, sondern auch reiche innere Befriedigung und erhöhte Freude zu weiterem vertrauensvollen Zusammenwirken für den Weltfrieden gewähren!“

[Der Wirkl. Geh. Rath Dr. Götz,] Ober-Tribunals-Vize-Präsident a. D., Mitglied des Herrenhauses und Kronsyndikus, ist heute früh 3<sup>1/2</sup> Uhr in hohem Alter verstorben.

[Der Kaiser.] Die „Prov.-Corresp.“ meldet: „Unser Kaiser hat im Laufe der vorigen Woche fast täglich längere Besprechungen mit dem Reichskanzler Fürsten Bismarck gehabt. — Kaiser Wilhelm gedenkt bis zur zweiten Juli-Woche in Ems zur Kur zu bleiben, so dann, wie früher gemeldet, einen Besuch bei dem Großherzoglich Baden'schen Paare auf der Insel Mainau zu machen, und in der dritten Woche des Juli nach Gastein zu gehen. Von dort dürfte gegen Mitte August die Rückfahrt nach Berlin erfolgen.“

[Die Deutschen in Cuba.] Wie bereits telegraphisch gemeldet, bringt der „Staats-Anz.“ Folgendes: Die auf der Insel Cuba, in Folge des Aufstandes, eingeschüierten Kriegssteuern und sonstigen außergewöhnlichen Lasten sind im Laufe der Zeit zu einer ganz unerwarteten Höhe gestiegen. Der Druck dieser Abgaben und Leistungen ruht in erster Linie auf dem Grundbesitz und den dortigen, zum nicht geringen Theil im Besitz von Deutschen befindlichen Handelshäusern. Die Kaiserliche Regierung hat im Interesse der auf Cuba angesessenen und etablierten Deutschen bereits vor einiger Zeit Verhandlungen mit der Königlich spanischen Regierung angeknüpft, um auf Grund der bestehenden Verträge eine Befreiung der Deutschen von den den Bewohnern Cubas auferlegten Kriegssteuern und Contributionen herbeizuführen. Die Auslegung der bezüglichen Vertragsbestimmungen ist bestritten, und es sind der Anerkennung der daraus abgeleiteten Ansprüche eine Reihe von Schwierigkeiten, so wie die ganze politische Lage hindern entgegengestanden, indem haben die diesseitigen Bemühungen nun mehr den Erfolg gehabt, daß auf Grund eines von Madrid ertheilten Befehls der General-Gouverneur der Insel Cuba einschreiten, und bis eine Verständigung unter den befreilichen Regierungen erzielt sein wird, die executive Befreiung der Kriegsabgaben und die zu diesem Zweck eingerichteten Zwangskäufe gegen Deutsche hat auszusetzen.

[Revision der Eisenbahnen.] Der „Staats-Anz.“ schreibt Mit Rücksicht auf die Bestimmung des Artikels 43 der Reichsverfassung, nach welcher „das Reich dafür Sorge zu tragen hat, daß die Eisenbahnverwaltungen die Bahnen jederzeit in einem die nötige Sicherheit gewährenden baulichen Zustand erhalten und dieselben mit Betriebsmaterial so ausrüsten, wie das Verkehrsbedürfnis es erheischt“, werden auf Anordnung des Reichs-Eisenbahn-Amts außerordentliche Revisionen durch Commissarien derselben vorgenommen. Nachdem bis dahin solche Revisionen schon in Schleswig-Holstein, Schlesien, Thüringen, Mecklenburg, Sachsen stattgefunden haben, werden dieselben nunmehr auch auf Bahnen in anderen Theilen Deutschlands exkl. Baierns ausgedehnt werden.

[In dem Processe gegen die Gründer der Bank für Spirit- und Productenhandel (vormals Gebrüder Wrede), Action-Gesellschaft,] publicierte die zweite Criminal-Deputation des Stadtgerichts heute Mittag das Erkenntnis. Von den Angeklagten war Nemand erschienen, von den Vertheidigern die Herren Justizräthe Karsten und Matow und Rechtsanwalt Munkel. Der Sudrag des Publums war so stark, daß der große Schwurgericht-Saal förmlich gefüllt wurde. Das Urteil lautete dahin, daß alle vier Angeklagte, die Bankiers Abel und Gravenstein, der Commerzienrath Wrede und der Consul a. D. Schiff des Betruges schuldig und jeder derselben mit 6 Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldbuße zu bestrafen, für welche Geldstrafe im Unvermögensfalle für 15 Mark eine Gefängnisstrafe von einem Tage Gefängnis zu treten hat. Die Urteilsgründe resumiren sich wie folgt: Der notarielle Vertrag vom 7. März 1872 involvierte eine Simulation, da der Kaufpreis darin auf 1,250,000 Thlr. angegeben ist, während derselbe in Wirklichkeit nur 1,100,000 Thlr. beträgt. Weiter sei erwiesen, daß der Prospect vom 11. März 1872 mit Kenntnis aller Angeklagten erlassen wurde, wofür die Gemeinsamkeit aller Handlungen der sämtlichen Angeklagten bei der Gründung der Action-Gesellschaft, sowie die kurze Zeit zwischen dem Abschluß des Vertrages und der Gründung der Action-Gesellschaft spreche. Der Prospect sei durch alle größeren öffentlichen Zeitungen veröffentlicht worden und keiner der Angeklagten habe denselben öffentlich gemäßigt. Dazu komme noch, daß die Angeklagten das ganze Actionscapital von vorneherein zeichneten. Am Schlusse des Prospects sei bezüglich des Kaufpreises unzweifelhaft eine falsche Vorstellung gemacht worden; der Einwand der Vertheidigung, daß der dort angegebene Kaufpreis mit dem notariellen Vertrage übereinstimme, erscheine nichtig. Neben dieser falschen Thatsache sei auch die wahre Thatsache, der richtige Kaufpreis, unterdrückt und die Willensbestimmung der Actionäre durch diese unrichtigen Angaben beeinträchtigt worden. Die Vermögensbeschädigung resultiere daraus, daß die Actionäre nicht dasjenige Aequivalent erhalten, für welches sie in gutem Glauben ihr Geld hergaben, denn der Kaufpreis des Unternehmens inflaire wesentlich auf den Wert der Actionen. Auf die Behauptung der Vertheidigung, das Geschäft sei rentabel, und der Cours von 105 werde reichlich gedeckt durch die Dividende von 7% Prozent, komme es bei Beurtheilung der Frage gar nicht an. Der rechtswidrige Vermögensvortheil der Angeklagten resultire daran, daß sie ihren Gründerlohn aus Geldern entnahmen, die zu diesem Zwecke nicht bestimmt waren und das Bewußtsein in der Rechtswidrigkeit könne nicht in Frage gestellt werden, da sie als Gründer, indem sie die Actionäre zum Beitreten zu einem Gesellschaftsvertrage aufforderten, zu besonderer Treue verpflichtet waren. Das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehe auch weiter darauf heran, daß sie den Mitgründern gegenüber dieselbe Thatsache klar darlegten, welche sie den späteren Zeichnern verschwiegen. Aus allen diesen Gründen mußte, wie geschehen, erkannt werden.

[Posen, 13. Juni. [Den barmherzigen Schwestern in Kosten]] ist auf Grund eines Ministerial-Rescripts jede pädagogische und erziehliche Thätigkeit untersagt und ihnen angedroht worden, daß die Einwand der Vertheidigung, daß der dort angegebene Kaufpreis mit dem notariellen Vertrage übereinstimme, erscheine nichtig. Neben dieser falschen Thatsache sei auch die wahre Thatsache, der richtige Kaufpreis, unterdrückt und die Willensbestimmung der Actionäre durch diese unrichtigen Angaben beeinträchtigt worden. Die Vermögensbeschädigung resultire daraus, daß sie ihren Gründerlohn aus Geldern entnahmen, die zu diesem Zwecke nicht bestimmt waren und das Bewußtsein in der Rechtswidrigkeit könne nicht in Frage gestellt werden, da sie als Gründer, indem sie die Actionäre zum Beitreten zu einem Gesellschaftsvertrage aufforderten, zu besonderer Treue verpflichtet waren. Das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehe auch weiter darauf heran, daß sie den Mitgründern gegenüber dieselbe Thatsache klar darlegten, welche sie den späteren Zeichnern verschwiegen.

[Posen, 14. Juni. [Verhaftungen.] Die böse Saat der Ultramonaten beginnt bereits, leider nur für die Verführten, herbe Früchte zu tragen. Um 12. M. wurden bereits viele von den an der Emme in Pieram verhafteten verhaftet und nach Nowowrad in das Kreisgerichtsgefängnis gebracht. Außer Dreiern, sind alle Verhafteten Bauern und es wäre zu wünschen, daß in den drei diesem Stande nicht angehörigen Individuen derselben gefangen wären, welche dem Volle in der Kirche das Signal zum Losbrüche gegeben und auch außerhalb der Kirche ihre Führerchaft kundgegeben haben. Der Ausbruch in Pieram und die Verhaftungen sind die Folgen des Lobes, welches unsere politischen Blätter, besonders aber die sogenannten Volksblätter, den Exzedenzen in Kions, Kähne und Blumen gespendet haben.

(Ost. 3.)

[Arnsberg, 14. Juni. [Die königliche Regierung] hat laut der „Tremonia“ folgende Verfügung erlassen:

„Es ist vor Kurzem der Fall vorgekommen, daß ein fremder katholischer Geistlicher plötzlich in der Kirche erschien, Gottesdienst abhielt und sich wieder entfernte, ohne daß es gelungen wäre, über seine Persönlichkeit irgendwelchen Aufschluß zu erlangen. Die Befürchtung liegt nahe, daß Aehnliches auch in anderen Gemeinden, namenlich in solchen, welche zur Zeit der Seelsorge entbehren, versucht werden möchte. Wir veranlassen daher Ew. Hochwohlgeboren, die Ihnen untergebenen Polizeibehörden, einschließlich der Gemeindevorsteher schleunig anzuzeigen, daß sie bei eigener Verantwortlichkeit die Vornahme von Amtshandlungen seitens fremder katholischer Geistlichen, welche ihre Bekämpfung nicht nachzuweisen vermögen, zu inhibieren und die Befriedenden wegen gesetzwidriger Vornahme geistlicher Amtshandlungen zu verhafsten und dem zuständigen Gericht resp. der zuständigen Staatsanwaltschaft vorzuführen haben. Wir erwarten in dieser Beziehung von den Polizeibehörden und deren Organen die größte Wachsamkeit und werden etwaige Pflichtwidrigkeiten unanständig ahnen. Ew. Hochwohlgeboren wollen wir auch veranlassen, daß uns über jeden Fall der vorgedachten Art sofortiger Bericht erstattet wird.“

(gez. b. Schen.)

An die Herren Landräthe des Bezirks und das königliche Landräths-Amt des Kreis-Dortmund. A. Va. 2467.“

[Wiesbaden, 13. Juni. [Entscheidung.] Bekanntlich war den hiesigen katholischen Geistlichen durch Beschluß der Schuldeputation die Erteilung des Religions-Unterrichtes entzogen worden. Auf den von Seiten des Geistlichen Rates Weyland erh

verantwortlichkeits-Gesetz mit 51 gegen 25 Stimmen angenommen. In Preußen fehlt kürzlich noch immer ein solches Gesetz, obgleich § 61 der Verfassung es seit länger als einem Vierteljahrhundert verheisst. In den württembergischen Entwurf ist durch die Mehrheit der Kammer eine Bestimmung hineingebracht, wonach nicht blos gegen Minister und Departementschef oder deren Stellvertreter, sondern auch gegen die Bundesrathesbevollmächtigten Anklage erhoben werden kann. Die Regierung war nicht ganz einverstanden mit dem Zusatz, aber die Kammer bestand darauf. Durch die ganze Debatte zog sich, wie man der „B. Z.“ aus Stuttgart schreibt, der Gedanke: wir wollen einen Minister oder Bundesrathesgesandten zur Verantwortung ziehen können, der unsere Eisenbahnen an das Reich ausliefern.

Kehl, 14. Juni. [Der Rhein] hat heute Nachmittag hier den höchsten Wasserstand von den Jahren 1842 und 1852 erreicht. Das Steigen dauert noch fort.

### D e s t e r r e i c h .

Wien, 14. Juni. [Rumänisches.] Wie die „Politische Correspondenz“ erfährt, sind die neuen Creditive zur Beglaubigung des österreichischen Botschafters, Grafen Zichy, bei der türkischen Regierung bereits nach Konstantinopel abgegangen. Einer Meldung derselben Correspondenz aus Bukarest zufolge hat der Ministerrat beschlossen, die Strafbestimmungen in Erinnerung zu bringen, welchen alle in Rumänien befindlichen Fremden unterliegen, sobald dieselben einer Conspiration gegen auswärtige Staaten, der Organisierung bewaffneter Banden oder der Lieferung von Waffen überwiesen werden.

### F r a n c e i c h .

Paris, 12. Juni. [Die Candidatur Dufaure's. — Die Bischöfe und das Unterrichtsgesetz. — Jules Simon in Lyon. — Personalien. — Zur orientalischen Frage.] Die Blätter sind voll von der Candidatur Buffet's für die im Senat bevorstehende Wahl, denn es steht jetzt fest, daß Buffet diese Candidatur angenommen hat. Die Erinnerung an so viele Niederlagen auf dem Gebiete des allgemeinen und des beschränkten Stimmrechts scheint sich im Gedächtnis des vormaligen Vicepräsidenten bereits verwischt zu haben; er will es auf eine neue Niederlage ankommen lassen. Obgleich einige monarchistische Journale sich den Anschein geben, Buffet's Wahl als eine conservative und besonders dem Marschall Mac Mahon angenehme Kundgebung zu empfehlen, so könnte doch ihr verfassungs- und regierungsfreindlicher Charakter keinen Augenblick zweifelhaft sein, und andere reactionäre Blätter verfehlten denn auch nicht, sie im Voraus als einen Sieg über die Republik zu feiern. Ob er wollen mag oder nicht, bemerken hierzu die „Débats“ mit Recht, Herr Buffet ist das Werkzeug, die Fahne einer Partei, deren eingestandener Zweck es ist, die regelmäßige Anwendung der jüngsten Errichtung zu hindern und gegen die Republik jene Politik kleiner Räume, kleiner Kämpfe und eigenwilligen Widerstandes wieder anzuwenden, welche vom Lande in einer dreifachen Abstimmung festerlich verurtheilt worden. Es ist erst zu kurze Zeit her, seitdem Buffet aus der Regierung geschieden, als daß die fatale Bedeutung, die seinem Namen anhaftet, sich schon verloren haben könnte. Wenn Buffet in den Senat einztrate, so würde der Senat in offenen Widerspruch zu dem Lande, zu der großen Mehrheit der Deputiertenkammer und zu dem Ministerium treten. Die Mehrheit des Senats wird sich also bestimmen, ehe sie ihn wählt. — Ein neues Mitglied erhält die reactionäre Partei dieser Versammlung in der Person Biérrard-Migeon's, der gestern, wie es vorauszusehen war, in Belfort mit ansehnlicher Mehrheit gewählt worden ist. Von 111 Stimmen fielen 82 auf den Genannten und 29 auf den Republikaner Kochlin-Schwarz, obgleich dieser, einem früheren Versprechen gemäß, seine Candidatur nicht aufgestellt hatte. Die radikale Presse spricht sich bitter tadelnd gegen Thiers aus, welcher durch seine Option für die Deputiertenkammer der Reaction eine Stimme im Senat verschaffte. — Der gestern mitgeteilte anmaßende Brief des Erzbischofs von Aix hat allgemeine Bestiegung hervorgerufen und man wünscht nur, daß das von dem Prälaten gegebene Beispiel recht starke Nachahmung im hohen Clerus finden möge. Wenn die Bischöfe sammt und sonders ihre Unzufriedenheit über das Unterrichtsgesetz dadurch bewiesen, daß sie freiwillig aus den akademischen Räthen oder vollends aus dem höheren Unterrichtsrath ausschieden, so würden sie der Universität einen wesentlichen Dienst leisten. Bis jetzt scheinen aber hier Dupanlong und so manche andere Kirchenfürsten trotz ihrer Feindseligkeit gegen die Staatsuniversität es nicht „mit ihrer Würde unverträglich zu halten“ (wie der Erzbischof von Aix sich ausdrückt), in den Aussichtsräthen der hohen Staatsanstalt zu tagen. — In der Kammer kommt heute die Interpellation Laisant zur Verhandlung; vor der Sitzung hat die betreffende Commission das Project der neuen Anleihe einstimmig gebilligt, obgleich dies Project von Gambetta und seinen Freunden befämpft wird, wenigstens in seiner jüngsten Form. Es wird also wohl auch im Plenum zur Annahme gelangen. — Jules Simon hielt gestern in Lyon bei Gelegenheit einer Preisverteilung der Société d'enseignement professionnel du Rhône eine Rede, welche nach dem uns vorliegenden telegraphischen Resumé zu schließen, nicht viel Hoffnendes bot. J. Simon wies darauf hin, daß seit dem Kriege von 1870 die Erziehungsfrage die wichtigste Rolle in Frankreich spielt. In allen Zweigen des öffentlichen Lebens müsse man auf Erfahrung bedacht sein; nur für den Unterricht dürfe nicht gespart werden. Neben Jules Simon saß der Präfekt des Rhône-Departements, Herr Welz. — Das Amtsblatt kündigt die große Revue im Boulogner Gehöft für Donnerstag, den 15. d. an. Die hier anwesenden fremden Offiziere sind eingeladen, sich der Suite Mac Mahon's anzuschließen. Heute gab der Marschall-Präsident dem Großfürsten und der Großfürstin Michael ein Frühstück in der Präsidentschaft von Versailles. Unter den Gästen befanden sich der russische Militär-Attaché Fürst Wittgenstein, die Fürsten Troubetskoi, Tolstoi, die Minister Decazes, de Cissey u. s. w. Am Vormittag hatte der Großfürst mit Mac Mahon die Schule von St. Cyr besucht. Gestern wohnte der Präsident der Republik mit der marokkanischen Gesandtschaft dem Rennen in Longchamps bei. Der Rennplatz war nicht so stark besucht wie in früheren Jahren, woran vermutlich das unsichere Wetter Schuld hatte. Das große Rennen war jedoch glänzend, und Risso, der seinen Concurrenten mit Leichtigkeit schlug, hatte einen immensen Erfolg. — Zwei Söhne des Khedive, Ibrahim Pasha und Fuad Bey, ein Neffe Ismail Pasha's, sind von Alexandrien nach Bichy abgereist, wo sie gegen den 20. d. ankommen werden. Ihre Lehrer begleiten sie, ein offizieller Empfang wird ihnen auf Forderung des Vicekönigs nicht zu Theil werden. — Die auswärtige Lage sieht man hier fortwährend mit Vertrauen an, wovon die feste Haltung der Börse Zeugnis ablegt. Die gestrige Sensationsnachricht der „France“, wonach bereits vor Abdul Ajis dessen Sohn Yusuf und die Sultanin Valide ermordet worden, hat nicht viel Eindruck gemacht, wenn sie auch nicht gerade mit Unglauben aufgenommen wurde. Heute meldet die sehr türkophile „France“, daß Deutschland und Russland durch ihre Gesandten in Konstantinopel die genauesten Erkundigungen über den Tod Abdul Ajis einzogen und daß von dem Resultat dieser Nachforschung die Anerkennung des neuen Sultans abhängig sein werde.

Paris, 13. Juni. [Aus der Deputiertenkammer. — Die Interpellation Laisant. — Zur orientalischen Frage.] Die Pariser Presse und der neueste Artikel des Brüsseler „Nord.“] Die gestrige Interpellation Laisant's ist resultlos geblieben, wenn es dabei auf ein Misstrauensvotum gegen den Kriegsminister de Cissey abgesehen war. Die Interpellanten selber erklärt jedoch im Verlaufe der Debatte, daß sie nie die Absicht gehabt hätten, de Cissey aus dem Cabinet zu vertreiben; diese Versicherung wurde rechts mit spöttischem Gelächter aufgenommen, aber die Haltung der Linken im Allgemeinen schien sie zu bestätigen. Die Einzelheiten der Discussion brauchen kaum hervorgehoben zu werden. Laisant machte dem Minister die reglementswidrige Ernennung zweier Lieutenant, Marc und Cornelis de Witt, zum Vorwurf. Was den Ersteren anlangt, so stellte sich schnell heraus, daß ein Irrthum vorlag; mit de Witt stand die Sache etwas anders. Dieser junge Offizier ist, wie man weiß, der Sohn des früheren Unterstaatssekretärs Cornells de Witt, welcher leichter zugleich als Mitglied einer großen Revisions-Kommission behilflich gewesen war, vielen Offizieren die im Kriege erworbenen Grade zu nehmen. Es hat böses Blut gemacht, daß man dem Sohne dieses Mannes in der Armee ein Avancement gab, welches ihm der Anciennität nach nicht zusam. Laisant beschuldigte den Minister, er habe der revolutionären Partei gefällig sein wollen auf die Gefahr hin, in der Armee eine beginnende Unzufriedenheit hervorzurufen. Darauf erwiederte de Cissey, daß keine Reglementüberlegung vorliege, daß der junge de Witt von allen seinen Vorgesetzten als tüchtiger Soldat zum Avancement vorgeschlagen worden, daß er selber, der Minister, niemals einer Ungerechtigkeit sich schuldig mache, wie es von Allen, welche ihn kennen, bezeugt werden könne. Man klage ihn an, einer Partei gefällig sein zu wollen; er habe für die Verfassung gestimmt, weil er sie für nothwendig gehalten, und seitdem habe er sich stets bemüht, dieser Verfassung Achtung zu verschaffen. Diese militärisch kurze Rede wurde beifällig aufgenommen; der Graf Donville-Maillefey, einer der Unterzeichner der Interpellation, nahm von den Worten des Ministers Act, und man ging zu einem anderen Gegenstande über. Die schon erwähnten Deputirten Laisant, Donville-Maillefey nebst etwa 130 anderen haben den doppelten Antrag eingebrochen, den einjährigen Freiwilligen-Dienst Mac Mahon angenehm Kundgebung zu empfehlen, so könnte doch ihr verfassungs- und regierungsfreindlicher Charakter keinen Augenblick zweifelhaft sein, und andere reactionäre Blätter verfehlten denn auch nicht, sie im Voraus als einen Sieg über die Republik zu feiern. Ob er wollen mag oder nicht, bemerken hierzu die „Débats“ mit Recht, Herr Buffet ist das Werkzeug, die Fahne einer Partei, deren eingestandener Zweck es ist, die regelmäßige Anwendung der jüngsten Errichtung zu hindern und gegen die Republik jene Politik kleiner Räume, kleiner Kämpfe und eigenwilligen Widerstandes wieder anzuwenden, welche vom Lande in einer dreifachen Abstimmung festerlich verurtheilt worden. Es ist erst zu kurze Zeit her, seitdem Buffet aus der Regierung geschieden, als daß die fatale Bedeutung, die seinem Namen anhaftet, sich schon verloren haben könnte. Wenn Buffet in den Senat einztrate, so würde der Senat in offenen Widerspruch zu dem Lande, zu der großen Mehrheit der Deputiertenkammer und zu dem Ministerium treten. Die Mehrheit des Senats wird sich also bestimmen, ehe sie ihn wählt. — Ein neues Mitglied erhält die reactionäre Partei dieser Versammlung in der Person Biérrard-Migeon's, der gestern, wie es vorauszusehen war, in Belfort mit ansehnlicher Mehrheit gewählt worden ist. Von 111 Stimmen fielen 82 auf den Genannten und 29 auf den Republikaner Kochlin-Schwarz, obgleich dieser, einem früheren Versprechen gemäß, seine Candidatur nicht aufgestellt hatte. Die radikale Presse spricht sich bitter tadelnd gegen Thiers aus, welcher durch seine Option für die Deputiertenkammer der Reaction eine Stimme im Senat verschaffte. — Der gestern mitgeteilte anmaßende Brief des Erzbischofs von Aix hat allgemeine Bestiegung hervorgerufen und man wünscht nur, daß das von dem Prälaten gegebene Beispiel recht starke Nachahmung im hohen Clerus finden möge. Wenn die Bischöfe sammt und sonders ihre Unzufriedenheit über das Unterrichtsgesetz dadurch bewiesen, daß sie freiwillig aus den akademischen Räthen oder vollends aus dem höheren Unterrichtsrath ausschieden, so würden sie der Universität einen wesentlichen Dienst leisten. Bis jetzt scheinen aber hier Dupanlong und so manche andere Kirchenfürsten trotz ihrer Feindseligkeit gegen die Staatsuniversität es nicht „mit ihrer Würde unverträglich zu halten“ (wie der Erzbischof von Aix sich ausdrückt), in den Aussichtsräthen der hohen Staatsanstalt zu tagen. — In der Kammer kommt heute die Interpellation Laisant zur Verhandlung; vor der Sitzung hat die betreffende Commission das Project der neuen Anleihe einstimmig gebilligt, obgleich dies Project von Gambetta und seinen Freunden befämpft wird, wenigstens in seiner jüngsten Form. Es wird also wohl auch im Plenum zur Annahme gelangen. — Jules Simon hielt gestern in Lyon bei Gelegenheit einer Preisverteilung der Société d'enseignement professionnel du Rhône eine Rede, welche nach dem uns vorliegenden telegraphischen Resumé zu schließen, nicht viel Hoffnendes bot. J. Simon wies darauf hin, daß seit dem Kriege von 1870 die Erziehungsfrage die wichtigste Rolle in Frankreich spielt. In allen Zweigen des öffentlichen Lebens müsse man auf Erfahrung bedacht sein; nur für den Unterricht dürfe nicht gespart werden. Neben Jules Simon saß der Präfekt des Rhône-Departements, Herr Welz. — Das Amtsblatt kündigt die große Revue im Boulogner Gehöft für Donnerstag, den 15. d. an. Die hier anwesenden fremden Offiziere sind eingeladen, sich der Suite Mac Mahon's anzuschließen. Heute gab der Marschall-Präsident dem Großfürsten und der Großfürstin Michael ein Frühstück in der Präsidentschaft von Versailles. Unter den Gästen befanden sich der russische Militär-Attaché Fürst Wittgenstein, die Fürsten Troubetskoi, Tolstoi, die Minister Decazes, de Cissey u. s. w. Am Vormittag hatte der Großfürst mit Mac Mahon die Schule von St. Cyr besucht. Gestern wohnte der Präsident der Republik mit der marokkanischen Gesandtschaft dem Rennen in Longchamps bei. Der Rennplatz war nicht so stark besucht wie in früheren Jahren, woran vermutlich das unsichere Wetter Schuld hatte. Das große Rennen war jedoch glänzend, und Risso, der seinen Concurrenten mit Leichtigkeit schlug, hatte einen immensen Erfolg. — Zwei Söhne des Khedive, Ibrahim Pasha und Fuad Bey, ein Neffe Ismail Pasha's, sind von Alexandrien nach Bichy abgereist, wo sie gegen den 20. d. ankommen werden. Ihre Lehrer begleiten sie, ein offizieller Empfang wird ihnen auf Forderung des Vicekönigs nicht zu Theil werden. — Die auswärtige Lage sieht man hier fortwährend mit Vertrauen an, wovon die feste Haltung der Börse Zeugnis ablegt. Die gestrige Sensationsnachricht der „France“, wonach bereits vor Abdul Ajis dessen Sohn Yusuf und die Sultanin Valide ermordet worden, hat nicht viel Eindruck gemacht, wenn sie auch nicht gerade mit Unglauben aufgenommen wurde. Heute meldet die sehr türkophile „France“, daß Deutschland und Russland durch ihre Gesandten in Konstantinopel die genauesten Erkundigungen über den Tod Abdul Ajis einzogen und daß von dem Resultat dieser Nachforschung die Anerkennung des neuen Sultans abhängig sein werde.

Paris, 13. Juni. [Aus der Deputiertenkammer. — Die Interpellation Laisant. — Zur orientalischen Frage.] Die Pariser Presse und der neueste Artikel des Brüsseler „Nord.“] Die gestrige Interpellation Laisant's ist resultlos geblieben, wenn es dabei auf ein Misstrauensvotum gegen den Kriegsminister de Cissey abgesehen war. Die Interpellanten selber erklärt jedoch im Verlaufe der Debatte, daß sie nie die Absicht gehabt hätten, de Cissey aus dem Cabinet zu vertreiben; diese Versicherung wurde rechts mit spöttischem Gelächter aufgenommen, aber die Haltung der Linken im Allgemeinen schien sie zu bestätigen. Die Einzelheiten der Discussion brauchen kaum hervorgehoben zu werden. Laisant machte dem Minister die reglementswidrige Ernennung zweier Lieutenant, Marc und Cornelis de Witt, zum Vorwurf. Was den Ersteren anlangt, so stellte sich schnell heraus, daß ein Irrthum vorlag; mit de Witt stand die Sache etwas anders. Dieser junge Offizier ist, wie man weiß, der Sohn des früheren Unterstaatssekretärs Cornells de Witt, welcher leichter zugleich als Mitglied einer großen Revisions-Kommission behilflich gewesen war, vielen Offizieren die im Kriege erworbenen Grade zu nehmen. Es hat böses Blut gemacht, daß man dem Sohne dieses Mannes in der Armee ein Avancement gab, welches ihm der Anciennität nach nicht zusam. Laisant beschuldigte den Minister, er habe der revolutionären Partei gefällig sein wollen auf die Gefahr hin, in der Armee eine beginnende Unzufriedenheit hervorzurufen. Darauf erwiederte de Cissey, daß keine Reglementüberlegung vorliege, daß der junge de Witt von allen seinen Vorgesetzten als tüchtiger Soldat zum Avancement vorgeschlagen worden, daß er selber, der Minister, niemals einer Ungerechtigkeit sich schuldig mache, wie es von Allen, welche ihn kennen, bezeugt werden könne. Man klage ihn an, einer Partei gefällig sein zu wollen; er habe für die Verfassung gestimmt, weil er sie für nothwendig gehalten, und seitdem habe er sich stets bemüht, dieser Verfassung Achtung zu verschaffen. Diese militärisch kurze Rede wurde beifällig aufgenommen; der Graf Donville-Maillefey, einer der Unterzeichner der Interpellation, nahm von den Worten des Ministers Act, und man ging zu einem anderen Gegenstande über. Die schon erwähnten Deputirten Laisant, Donville-Maillefey nebst etwa 130 anderen haben den doppelten Antrag eingebrochen, den einjährigen Freiwilligen-Dienst Mac Mahon angenehm Kundgebung zu empfehlen, so könnte doch ihr verfassungs- und regierungsfreindlicher Charakter keinen Augenblick zweifelhaft sein, und andere reactionäre Blätter verfehlten denn auch nicht, sie im Voraus als einen Sieg über die Republik zu feiern. Ob er wollen mag oder nicht, bemerken hierzu die „Débats“ mit Recht, Herr Buffet ist das Werkzeug, die Fahne einer Partei, deren eingestandener Zweck es ist, die regelmäßige Anwendung der jüngsten Errichtung zu hindern und gegen die Republik jene Politik kleiner Räume, kleiner Kämpfe und eigenwilligen Widerstandes wieder anzuwenden, welche vom Lande in einer dreifachen Abstimmung festerlich verurtheilt worden. Es ist erst zu kurze Zeit her, seitdem Buffet aus der Regierung geschieden, als daß die fatale Bedeutung, die seinem Namen anhaftet, sich schon verloren haben könnte. Wenn Buffet in den Senat einztrate, so würde der Senat in offenen Widerspruch zu dem Lande, zu der großen Mehrheit der Deputiertenkammer und zu dem Ministerium treten. Die Mehrheit des Senats wird sich also bestimmen, ehe sie ihn wählt. — Ein neues Mitglied erhält die reactionäre Partei dieser Versammlung in der Person Biérrard-Migeon's, der gestern, wie es vorauszesehen war, in Belfort mit ansehnlicher Mehrheit gewählt worden ist. Von 111 Stimmen fielen 82 auf den Genannten und 29 auf den Republikaner Kochlin-Schwarz, obgleich dieser, einem früheren Versprechen gemäß, seine Candidatur nicht aufgestellt hatte. Die radikale Presse spricht sich bitter tadelnd gegen Thiers aus, welcher durch seine Option für die Deputiertenkammer der Reaction eine Stimme im Senat verschaffte. — Der gestern mitgeteilte anmaßende Brief des Erzbischofs von Aix hat allgemeine Bestiegung hervorgerufen und man wünscht nur, daß das von dem Prälaten gegebene Beispiel recht starke Nachahmung im hohen Clerus finden möge. Wenn die Bischöfe sammt und sonders ihre Unzufriedenheit über das Unterrichtsgesetz dadurch bewiesen, daß sie freiwillig aus den akademischen Räthen oder vollends aus dem höheren Unterrichtsrath ausschieden, so würden sie der Universität einen wesentlichen Dienst leisten. Bis jetzt scheinen aber hier Dupanlong und so manche andere Kirchenfürsten trotz ihrer Feindseligkeit gegen die Staatsuniversität es nicht „mit ihrer Würde unverträglich zu halten“ (wie der Erzbischof von Aix sich ausdrückt), in den Aussichtsräthen der hohen Staatsanstalt zu tagen. — In der Kammer kommt heute die Interpellation Laisant zur Verhandlung; vor der Sitzung hat die betreffende Commission das Project der neuen Anleihe einstimmig gebilligt, obgleich dies Project von Gambetta und seinen Freunden befämpft wird, wenigstens in seiner jüngsten Form. Es wird also wohl auch im Plenum zur Annahme gelangen. — Jules Simon hielt gestern in Lyon bei Gelegenheit einer Preisverteilung der Société d'enseignement professionnel du Rhône eine Rede, welche nach dem uns vorliegenden telegraphischen Resumé zu schließen, nicht viel Hoffnendes bot. J. Simon wies darauf hin, daß seit dem Kriege von 1870 die Erziehungsfrage die wichtigste Rolle in Frankreich spielt. In allen Zweigen des öffentlichen Lebens müsse man auf Erfahrung bedacht sein; nur für den Unterricht dürfe nicht gespart werden. Neben Jules Simon saß der Präfekt des Rhône-Departements, Herr Welz. — Das Amtsblatt kündigt die große Revue im Boulogner Gehöft für Donnerstag, den 15. d. an. Die hier anwesenden fremden Offiziere sind eingeladen, sich der Suite Mac Mahon's anzuschließen. Heute gab der Marschall-Präsident dem Großfürsten und der Großfürstin Michael ein Frühstück in der Präsidentschaft von Versailles. Unter den Gästen befanden sich der russische Militär-Attaché Fürst Wittgenstein, die Fürsten Troubetskoi, Tolstoi, die Minister Decazes, de Cissey u. s. w. Am Vormittag hatte der Großfürst mit Mac Mahon die Schule von St. Cyr besucht. Gestern wohnte der Präsident der Republik mit der marokkanischen Gesandtschaft dem Rennen in Longchamps bei. Der Rennplatz war nicht so stark besucht wie in früheren Jahren, woran vermutlich das unsichere Wetter Schuld hatte. Das große Rennen war jedoch glänzend, und Risso, der seinen Concurrenten mit Leichtigkeit schlug, hatte einen immensen Erfolg. — Zwei Söhne des Khedive, Ibrahim Pasha und Fuad Bey, ein Neffe Ismail Pasha's, sind von Alexandrien nach Bichy abgereist, wo sie gegen den 20. d. ankommen werden. Ihre Lehrer begleiten sie, ein offizieller Empfang wird ihnen auf Forderung des Vicekönigs nicht zu Theil werden. — Die auswärtige Lage sieht man hier fortwährend mit Vertrauen an, wovon die feste Haltung der Börse Zeugnis ablegt. Die gestrige Sensationsnachricht der „France“, wonach bereits vor Abdul Ajis dessen Sohn Yusuf und die Sultanin Valide ermordet worden, hat nicht viel Eindruck gemacht, wenn sie auch nicht gerade mit Unglauben aufgenommen wurde. Heute meldet die sehr türkophile „France“, daß Deutschland und Russland durch ihre Gesandten in Konstantinopel die genauesten Erkundigungen über den Tod Abdul Ajis einzogen und daß von dem Resultat dieser Nachforschung die Anerkennung des neuen Sultans abhängig sein werde.

Kaisereiches durch die Republik, wenn dieselbe erst einmal abgenutzt sei, wieder an die Gewalt kommen würden.

### Provinzial-Beitung.

Breslau, 15. Juni. [Zur Ausstellung in München.] Diejenigen Gegenstände, welche auf der vom 15. Juni bis 15. October d. J. in München stattfindenden Kunst- und Kunstgewerblichen Ausstellung überlaufen werden, werden auf sämtlichen Linien der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn frachtfrei nach demselben Aufschub zurückgeführt, falls der Rücktransport innerhalb dieses Jahres und unter Vorlegung des Originalfrachtbriefes für den Hintertransport geschieht, auf welchem vom Directorium für die Jubiläumsfeier des Kunst-Gewerbe-Vereins bescheinigt ist, daß die Gegenstände unverlaufen geblieben sind.

[Dr. Förster.] Wie uns heut aus Neisse geschrieben wird, ist dort das Gerücht verbreitet, daß der frühere Bischof von Breslau, Herr Dr. Förster, am 14. in Trebnitz mit mehreren Geistlichen der Breslauer Diözese zusammengetreten und eine Befreiung abhalten wollte. — Wir halten das Gerücht eben nur für ein Gerücht ohne jede faktische Unterlage.

— ch. Görzig, 12. Juni. [Ein Nachspiel der Forstfrage. — Wasserleitung. — Reibbad.] Wie den Tragödien der alten Griechen das Satyrspiel voll ausgelassener Komik zu folgen pflegte, so hat auch die Forstfrage ihr possesshaftes Nachspiel gehabt. Vorher aber fand noch eine Haupt- und Staatsaktion statt. In der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Juni, in welcher die Stadtverordneten den neuen Betriebsplan für die Oberförsterei Rauscha genehmigt, richtete nämlich auf Veranlassung des Vorsitzenden, Stadtrath Halberstadt, die Versammlung die drei Fragen an den Magistrat: 1) Welchen Vortheil hat die Comuna aus der jetzigen Abschätzung? 2) Welche Vorwürfe kann man der früheren Forstverwaltung machen, und 3) Was haben die Kosten der Neuabschätzung bis jetzt betragen? — Oberbürgermeister Göbbin beantwortete die erste und zweite Frage sofort und konnte dann der Versammlung die Beantwortung der zweiten Frage selbst überlassen. Er gab zunächst eine Geschichte der Forsttagitation, leider ohne zu erwähnen, welche Versprechungen die „Niederschlesische Zeitung“ ihrerzeit der Bürgerschaft gemacht hatte. Ihr zufolge waren Ende 1873 alte überjährige Bestände in dem Stadtforst vorhanden, welche durch Schonung von Jahr zu Jahr verlieren sollten, sie veranschlagte den Wert derselben auf mindestens 1,690,250 Thlr. = 5,070,750 Mark und vertrug eine sehr erhebliche Steuererleichterung, wenn diese Bestände alimäßig neben dem betriebsplanmäßig zum Abtrieb kommenden Quantum versilbert würden. Der Oberbürgermeister erinnerte daran, daß 1873 in Rauscha die letzte Abschätzung gemacht worden sei und ein jährliches Betriebsoll von 1028 Stoss auf 332 Morgen ergeben habe. Damals sei die Wirtschaft nach Blöcken d. h. nach Forststücken erfolgt. Auf Grund der auf Veranlassung der außerordentlichen Forst-Commission eingeholten Gutachten der Oberförstermeister Dandemann und Koch habe man bei der neuen Einschätzung die Eintheilung nach Bodenklassen mit 60-120jährigem Abtrieb durch den königl. Oberförster Gutt vornehmen lassen. Der von diesem auf 20 Jahre entworfene Betriebsplan setze als zulässig höchstens jährlichen Abtrieb 10,360 Stoss auf 337 Morgen fest, das Plus betrage also 5 Morgen und 27 Klaftern. Da nun aber tatsächlich das

ung des von ihr als Märtyrer verherrlichten Oberförster Gutt nur beiläufig Notizen, in den Augen ihrer Leser bleibt er der Befreier der Stadt Görlitz von einer irrationalen Wirtschaft, auch wenn er das nicht sehen will. — Die Arbeiten für die Wasserleitung, die in etwa 1½ Jahren vollendet sein wird, haben begonnen. Zunächst hat man auf der Bittauer Chaussee mit der Röhrenlegung angefangen und dabei über 10 Fuß tiefe Gräben gemacht. — Das städtische Neißbad ist dies Jahr durch das Hochwasser schwer geschädigt, indem die Bodenverhältnisse des Neißbettes sich gerade an jener Stelle vollständig geändert haben. Die einzigen ließen Stellen, in denen man schwimmen kann, befinden sich jetzt unmittelbar unter der neuen steinernen Brücke, während das Bassin an der linken Seite der Neiße ganz versandet ist. Wenn darin nicht bald eine Aenderung eintritt, so wird die im Gange befindliche Agitation auf Verlegung des Neißbades nach der Weinlache leicht Eis haben.

**G Waldeburg, 13. Juni. [Gustav-Adolf-Vereins-Hauptversammlung.]** Mit frischen Maien und Gürtelnden gefüllt haite sich heut unsere Stadt, die Festgenossen willkommen zu heißen, welche aus nah und fern herbeigekommen, das Liebeswerk des Gustav-Adolf-Vereines zu pflegen; und als sie nun endlich ankamen, die langerwarteten lieben Gäste, da rief diesen Willkommengruß ihnen nicht nur das Fest-Comitee zu, welches auf dem Bahnhofe veranstaltet war, sondern auch die harrenden Bewohner, welche ihre Gäste in liebenswürdigster Weise in ihre Familienkreise führten, trugen jenen Gruss ihnen in herzlichster Weise entgegen. Dazu haite der Himmel seine klare Bläue wieder angenommen, die Rauchsäulen der nahen Schlotte stiegen senkrecht in die Höhe, es war Alles geeignet, das Gustav-Adolf-Vereinsfest zu einem schönen, genüchenden zu machen. — Und als um 5 Uhr die Delegirten sich zur Vorberammlung zusammenfanden, welche herzliche Freude gewährte das Wiederfinden lieber alter Freunde, langjähriger Mitarbeiter an dem gemeinsamen Liebeswerke des Vereins.

Mit einem bereiten Gruße des hiesigen Zweigvereins empfing Pastor prim. Heimann die Versammelten, zugleich den reichsten Segen auf deren Versammlungen in der heutigen, wie in der morgigen Haupt-Versammlung herabstehend. Der Vorsitzende, Stadtrath Becker (Breslau), erwiderte den Willkommengruß mit dem besten Dank für die den Deputirten gewährte freundliche Aufnahme. — Bei der hierauf folgenden Wahl des Bureaus wurden von dem Vorsitzenden vorgeschlagen die Herren Propst Dietrich, Stadtgerichtsrat Güttler (beide aus Breslau), Ratsb. Kern (Strehlen), Dr. Thiel und Pastor Weingärtner (Breslau). Die Versammlung acceptierte diese Vorschläge. — Es erfolgte demnächst die Prüfung der Legitimation der erschienenen Deputirten. Vertreten waren Beuthen O.-S., Breslau, Brieg, Bunzlau, Conitz D.-S., Falkenberg, Frankenstein, Freiburg, Görlitz, Gleisnitz, Glogau, Görlitz I. und II., Grünberg, Grubau, Guttentag, Hainau, Hirschberg, Jauer, Landeshut, Landsberg, Langenbielau, Lanbau, Leobschütz, Leutmannsdorf, Löwenberg, Lubinitz, Mollna, Ludwigslust bei Woitschütz, Lüben, Myslowitz, Namslau, Neisse, Neumarkt, Niemtsch, Ober-Glogau-Kräppiz, Oels-Bernstadt, Ohlau, Oppeln, Pless, Ratibor, Reichenbach, Rothenberg, Rubitz-Sobrawa, Sagan, Schönau, Schweidnitz, Sprottau, Steinau, Strehlen, Striegau, Tarnowitz, Tost, Trebnitz-Militz, Walzenburg, Poln.-Wartenberg, Wohlau, Zabrze und Zobten. — Von den erjähmten Deputirten wurden bei Feststellung ihrer Legitimation zuleich die „Liebesgabe“ für das diesjährige „Liebeswerk“ des Vereins überreicht und belief sich die Höhe der eingegangenen Beträge auf 1394 Mark. Durch die noch nachträglich eintreffenden Deputirten durfte sich diese Summe auf über 1500 M. erhöhen.

Der Vorsitzende bespricht demnächst die durch die Hauptversammlung zu erledigende Tagesordnung. Auf derselben stehen: Prüfung der Rechnungslegung und Deckung, Diskussion über die vorhandenen Geldmittel zu laufenden und außerordentlichen Unterführungen, Wahlen für den Vorstand und für die Allgemeine Versammlung zu Erfurt, Festsetzung des Ortes für die nächsthäufige Hauptversammlung, Anträge etc.

In die Rechnungsprüfungs-Commission werden Kreis-Gerichtsrath Kleinwächter und Propst Thielemann gewählt. Zum Liebeswerk sind Sora, Pfaffendorf und Prossau empfohlen. Die Berichterstattung über diese Gemeinden hat Propst Dietrich übernommen.

Wie der Vorsitzende berichtet, hat der Plan für die außerordentlichen Unterstützungen noch nicht festgestellt werden können. Im Ganzen werden etwa 6000 Mark dafür verwendet werden können. Dem Wunsche des Vorsitzenden, etwaige Anträge in Bezug auf außerordentliche Unterstützungen schon in der Vorberammlung zu stellen, wird hierauf in reidem Maße entsprochen. Consistorialrat Geißler bittet für Schönwitz zur Kirchbauförderung um 150 M., für Groß-Strehlitz zum Kirchbauzubau um 300 M., Superint. Pragode für Branzig zur Reparatur der Vicar- und Lehrerwohnung um 50 M., Superint. Schumann für die Schule in Ottmachau um 120 M., Prediger Dobischall für die Gemeinde Reichthal um 150 M., Superint. Kölking für Myslowitz eine fortlaufende Unterstützung der Hauptvereine zu erbitten durch die schlesischen Deputirten auf der Versammlung zu Erfurt, für Goltowitz um 60 M. zur Beschaffung eines Harmoniums, Pastor Strauß für Kreidau und Braulau um Erhöhung der laufenden Unterstützungen um 100 resp. 60 M., Superint. Gräfe für das Tabernakel in Frankenstein d.sgl. um 150 M., Pastor John für die Schule in Zobten um 450 M., Divisi-Pfarre Kadelbach für Cudowa (Kirchenglocken) und Reinerz (Confirmandenherberge) um je 150 M., Pastor Kuhn für Babra (Schule und Kirche) 200 M., Pastor Mühl für Groß-Lassowitz um 600 und resp. 300 M., Pastor Krügel für Zillowitz und Kirchberg um je 100 M.

Nach Beschlussfassung der Versammlung über die Verwendung eines Legats von 564 Mark (für Pfaffendorf) und die Feier des Toleranzedikts in Österreich (durch Übergang zur Tagesordnung) folgt die Verhandlung über den von einem Zweigvereine eingebrachten Antrag bezüglich der Stellung des Gustav-Adolf-Vereins zu den zu errichtenden Simultanschulen. Der Vorstand schlägt diesem Antrag gegenüber vor, auch für Simultanschulen Beiträge für evangelischen Religionsunterricht und für auswärtige evangelische Schulen zu bewilligen. Die Versammlung erklärt sich nach einer Discussion, an welcher sich u. a. General-Superintendent Dr. Erdmann, der Vorsitzende, Superintendent Pragode beteiligen, saft einstimmig für die Annahme des von dem Vorstande gestellten Antrages. Sie beauftragt im Weiteren den Vorstand, wegen Übergabe des durch Errichtung einer Simultanschule in Mollna freigewordenen Schulhauses an die Kirchengemeinde das Weitere zu veranlassen und stimmt dem Wunsche des Vorsitzenden bei, daß die Zweigvereine mit grösster Rücksicht auf die Vermehrung der Beiträge Gedacht nehmen mögen, damit den vermehrten Ansprüchen in möglichst umfassender Weise genügt werden könne. — Ein Schlusgeber, gesprochen vom Gen. Superintendenten Dr. Erdmann endete um 8 Uhr die Vorberammlung.

Der spätere Abend vereinte die grössere Zahl der Festgenossen im Kreise von Walzenburger Familien im Joneleitischen Raum u. im „goldnen Schwert.“

Das Programm für die morgende Feier ist bereits mitgetheilt. Nach dem Festgottesdienste, bei welchem Superintendent Pragode (Leobitz) die Predigt halten wird, folgt um 1 Uhr die öffentliche Generälvorberammlung der Deputirten der schlesischen Zweigvereine in der evangelischen Kirche, deren Photographie den Festgenossen seitens des Local-Comites in freundlichster Weise als Erinnerungsblatt übergeben worden ist.

Aus dem Jahresbericht über die Wirtschaft des Gustav-Adolf-Vereins, erstattet von Pastor Weingärtner, heben wir folgende Notizen hervor: Mit dankbar freudigem Gefühl darf auch auf das vergangene Jahr, welches in keiner Weise hinter den Vorjahren zurückgeblieben ist, der Blick gewendet werden. Die vom 24. bis 26. August d. J. in Potsdam abgehaltene Hauptversammlung, bei welcher der schlesische Hauptverein durch vier Deputirte vertreten war, darf sowohl nach dem Ergebnis der Vereinsleistungen, welche nach ihrem ganzen Verlauf als eine der glänzendsten bezeichnet werden, welche bis jetzt abgehalten werden. Der erstattete Bericht wies nach, daß im vergangenen Jahre 694,028 Mark zur Unterstützung von 1184 Gemeinden, darunter 428 preußische und 183 aus dem übrigen Deutschland, 448 österreichische verwendet worden sind, also 65257 Mark mehr, als die höchste Jahresverwendung im vorangegangenen betragen hatte und daß 37 Zweigvereine z. B. 1307 Zweigvereine, 380 Frauenvereine und 10 studentische Vereine zählten. Eingeweiht wurden 46 neue Kirchen, zu 26 Kirchen u. Kapellen wurde der Grundstein gelegt, für 22 Kirchen, 18 Schul- und 18 Pfarrhäuser wurde der Bau vorbereitet.

Der schlesische Hauptverein hat 1873/74 zu einem Baarbestande von 2,729 Mark baar eingenommen 64,337 Mark, darunter 5,690 Mark Kirchenkollekte, 33,631 Mark Beiträge des Centralvorstandes und anderer Vereine, 2,787 Mark an Vermächtnissen und Geleuten (ungegerechnet 300 Mark eines Ungerannen mit besonderer Bestimmung), außerdem an Zinsen und Valuta einer ausgelösten Obligation fast 1500 Mark. Hierzu treten die vorhandenen Geschäften in Höhe von 22,200 Mark Nennwert, darunter 3,525 Mark Vermächtnis. Die Ausgabe betrug fast 43,461 Mark, darunter Zahlungen aus den Beiträgen mit Bestimmung, 15,320 Mark, aus den Einnahmen zu freier Verfügung 26,542 Mark. Die Beiträge mit Bestimmung haben die des Vorjahrs um 5,109 Mark, die ohne Bestimmung um fast 1,683 Mark übertroffen. Die Kirchenkollekte hatte dagegen 583 Mark weniger eingeweiht. Besonderer Dank ist außer dem Centralvorstande den Hauptvereinen Berlin, Halle, Stettin, Dresden, Hamburg, Stuttgart, Königsberg, Ansbach, Leipzig, Neustadt, Olvenburg, Meiningen, Köthen, Frankfurt a. M., Hils-

heim, Wiesbaden, Münster, Kiel, Wien und dem niederländischen Vereine, den Frauenvereinen Dresden, Braunschweig, Leipzig, Hamburg, Lübeck, Bremen, Rudolstadt, Rathenow, Kiel, München, den Zweigvereinen Angermünde, Rathenow, Guben, sowie zahlreichen einzelnen Gebern und Sammlern für die Zuwendungen auszusprechen, welche sie dem schlesischen Hauptvereine haben gelassen.

Der Bericht gebührt dann der Hauptversammlung, welche im v. J. in Görlitz stattgefunden. Im Laufe des letzten Jahres haben als neue Zweigvereine bestätigung ihrer Statuten die Vereine zu Barchow, Pless, Pitschen, Tost und Zobitz erhalten, die für Lubinitz und Constadt scheinen derselben entgegen. Als Erfolge schlesischer Vereinstätigkeit sind hervorzuheben die Einweihung der Kirche in Katschow und der Kirche zu Reichthal, die Fortführung mehrerer Kirchenbauten. — Mit Trauer gedenkt der Verein des Hinganges von Ober-Consistorialrat Dr. Hoffmann, welcher von 1857 bis 1874 der allzeit bewährte Leiter des Gesamtvereins gewesen, sowie des Ablebens so mancher langjährigen Freunde und Förderers der Bestrebungen des Gustav-Adolf-Vereins; an den Überlebenden ist es, nicht müde zu werden in der Weiterarbeit und in der Heranziehung neuer Kräfte zu dem alten Liebeswerke!

**J. P. Aus der Grafschaft Görlitz, 14. Juni. [Statistisches.]** Aus den Berichteinheiten, welche behufs der im November d. J. stattfindenden regelmäßigen Ergänzungswahlen der Kreis-Abgeordneten durch den Kreis-Ausschuss des Görlitzer Kreises revidirt und neu aufgestellt worden, entnehmen wir folgende statistische Notizen: Im Kreise Görlitz gehören zum Wahlverband der grösseren Grundbesitzer 27 Grundbesitzer und resp. Gewerbetreibende, welche zusammen 21617 M. 93 Pf. Grund- und Gebäudesteuer jährlich entrichten. Von denselben zahlen 4 über 2000, 2 weniger als 2000 aber mehr als 1000, 8 weniger als 1000 aber mehr als 500 und die übrigen 13 weniger als 500 aber mehr als 200 M. Der höchste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund 2404 Mark), Baron von Hassenhausen auf Wallisuth (2334 M.), Graf Anton v. Magnis auf Ullersdorf (2295 M.), Baron v. Münchhausen auf Nieder-Schwendeldorf (1198 M.) und Hugo v. Löbbecke auf Nieder-Ebersdorf (1073 M.), die übrigen Grundbesitzer unter 1000 M. Der niedrigste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund 2404 Mark), Baron von Hassenhausen auf Wallisuth (2334 M.), Graf Anton v. Magnis auf Ullersdorf (2295 M.), Baron v. Münchhausen auf Nieder-Schwendeldorf (1198 M.) und Hugo v. Löbbecke auf Nieder-Ebersdorf (1073 M.), die übrigen Grundbesitzer unter 1000 M. Der niedrigste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund 2404 Mark), Baron von Hassenhausen auf Wallisuth (2334 M.), Graf Anton v. Magnis auf Ullersdorf (2295 M.), Baron v. Münchhausen auf Nieder-Schwendeldorf (1198 M.) und Hugo v. Löbbecke auf Nieder-Ebersdorf (1073 M.), die übrigen Grundbesitzer unter 1000 M. Der niedrigste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund 2404 Mark), Baron von Hassenhausen auf Wallisuth (2334 M.), Graf Anton v. Magnis auf Ullersdorf (2295 M.), Baron v. Münchhausen auf Nieder-Schwendeldorf (1198 M.) und Hugo v. Löbbecke auf Nieder-Ebersdorf (1073 M.), die übrigen Grundbesitzer unter 1000 M. Der niedrigste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund 2404 Mark), Baron von Hassenhausen auf Wallisuth (2334 M.), Graf Anton v. Magnis auf Ullersdorf (2295 M.), Baron v. Münchhausen auf Nieder-Schwendeldorf (1198 M.) und Hugo v. Löbbecke auf Nieder-Ebersdorf (1073 M.), die übrigen Grundbesitzer unter 1000 M. Der niedrigste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund 2404 Mark), Baron von Hassenhausen auf Wallisuth (2334 M.), Graf Anton v. Magnis auf Ullersdorf (2295 M.), Baron v. Münchhausen auf Nieder-Schwendeldorf (1198 M.) und Hugo v. Löbbecke auf Nieder-Ebersdorf (1073 M.), die übrigen Grundbesitzer unter 1000 M. Der niedrigste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund 2404 Mark), Baron von Hassenhausen auf Wallisuth (2334 M.), Graf Anton v. Magnis auf Ullersdorf (2295 M.), Baron v. Münchhausen auf Nieder-Schwendeldorf (1198 M.) und Hugo v. Löbbecke auf Nieder-Ebersdorf (1073 M.), die übrigen Grundbesitzer unter 1000 M. Der niedrigste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund 2404 Mark), Baron von Hassenhausen auf Wallisuth (2334 M.), Graf Anton v. Magnis auf Ullersdorf (2295 M.), Baron v. Münchhausen auf Nieder-Schwendeldorf (1198 M.) und Hugo v. Löbbecke auf Nieder-Ebersdorf (1073 M.), die übrigen Grundbesitzer unter 1000 M. Der niedrigste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund 2404 Mark), Baron von Hassenhausen auf Wallisuth (2334 M.), Graf Anton v. Magnis auf Ullersdorf (2295 M.), Baron v. Münchhausen auf Nieder-Schwendeldorf (1198 M.) und Hugo v. Löbbecke auf Nieder-Ebersdorf (1073 M.), die übrigen Grundbesitzer unter 1000 M. Der niedrigste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund 2404 Mark), Baron von Hassenhausen auf Wallisuth (2334 M.), Graf Anton v. Magnis auf Ullersdorf (2295 M.), Baron v. Münchhausen auf Nieder-Schwendeldorf (1198 M.) und Hugo v. Löbbecke auf Nieder-Ebersdorf (1073 M.), die übrigen Grundbesitzer unter 1000 M. Der niedrigste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund 2404 Mark), Baron von Hassenhausen auf Wallisuth (2334 M.), Graf Anton v. Magnis auf Ullersdorf (2295 M.), Baron v. Münchhausen auf Nieder-Schwendeldorf (1198 M.) und Hugo v. Löbbecke auf Nieder-Ebersdorf (1073 M.), die übrigen Grundbesitzer unter 1000 M. Der niedrigste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund 2404 Mark), Baron von Hassenhausen auf Wallisuth (2334 M.), Graf Anton v. Magnis auf Ullersdorf (2295 M.), Baron v. Münchhausen auf Nieder-Schwendeldorf (1198 M.) und Hugo v. Löbbecke auf Nieder-Ebersdorf (1073 M.), die übrigen Grundbesitzer unter 1000 M. Der niedrigste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund 2404 Mark), Baron von Hassenhausen auf Wallisuth (2334 M.), Graf Anton v. Magnis auf Ullersdorf (2295 M.), Baron v. Münchhausen auf Nieder-Schwendeldorf (1198 M.) und Hugo v. Löbbecke auf Nieder-Ebersdorf (1073 M.), die übrigen Grundbesitzer unter 1000 M. Der niedrigste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund 2404 Mark), Baron von Hassenhausen auf Wallisuth (2334 M.), Graf Anton v. Magnis auf Ullersdorf (2295 M.), Baron v. Münchhausen auf Nieder-Schwendeldorf (1198 M.) und Hugo v. Löbbecke auf Nieder-Ebersdorf (1073 M.), die übrigen Grundbesitzer unter 1000 M. Der niedrigste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund 2404 Mark), Baron von Hassenhausen auf Wallisuth (2334 M.), Graf Anton v. Magnis auf Ullersdorf (2295 M.), Baron v. Münchhausen auf Nieder-Schwendeldorf (1198 M.) und Hugo v. Löbbecke auf Nieder-Ebersdorf (1073 M.), die übrigen Grundbesitzer unter 1000 M. Der niedrigste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund 2404 Mark), Baron von Hassenhausen auf Wallisuth (2334 M.), Graf Anton v. Magnis auf Ullersdorf (2295 M.), Baron v. Münchhausen auf Nieder-Schwendeldorf (1198 M.) und Hugo v. Löbbecke auf Nieder-Ebersdorf (1073 M.), die übrigen Grundbesitzer unter 1000 M. Der niedrigste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund 2404 Mark), Baron von Hassenhausen auf Wallisuth (2334 M.), Graf Anton v. Magnis auf Ullersdorf (2295 M.), Baron v. Münchhausen auf Nieder-Schwendeldorf (1198 M.) und Hugo v. Löbbecke auf Nieder-Ebersdorf (1073 M.), die übrigen Grundbesitzer unter 1000 M. Der niedrigste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund 2404 Mark), Baron von Hassenhausen auf Wallisuth (2334 M.), Graf Anton v. Magnis auf Ullersdorf (2295 M.), Baron v. Münchhausen auf Nieder-Schwendeldorf (1198 M.) und Hugo v. Löbbecke auf Nieder-Ebersdorf (1073 M.), die übrigen Grundbesitzer unter 1000 M. Der niedrigste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund 2404 Mark), Baron von Hassenhausen auf Wallisuth (2334 M.), Graf Anton v. Magnis auf Ullersdorf (2295 M.), Baron v. Münchhausen auf Nieder-Schwendeldorf (1198 M.) und Hugo v. Löbbecke auf Nieder-Ebersdorf (1073 M.), die übrigen Grundbesitzer unter 1000 M. Der niedrigste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund 2404 Mark), Baron von Hassenhausen auf Wallisuth (2334 M.), Graf Anton v. Magnis auf Ullersdorf (2295 M.), Baron v. Münchhausen auf Nieder-Schwendeldorf (1198 M.) und Hugo v. Löbbecke auf Nieder-Ebersdorf (1073 M.), die übrigen Grundbesitzer unter 1000 M. Der niedrigste Steuerzahler ist Graf Wilhelm von Magnis auf Ebersdorf mit einem Gesamtbeitrage von rund 2744 M. für die im Kreise Görlitz liegenden Güter Gabersdorf, Möhlten, Mühlendorf, Schwenz und Wiesau. Demnächst folgen: Forstföldus (rund

